

Rumänien

Anneli Ute Gabanyi

Das Jahr 2010 war wieder ein Krisenjahr in Rumänien. Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen vom November/Dezember 2009 verschärfte sich die politische Krise erneut, was für die wirtschaftliche und soziale Lage im Lande und für die Beziehungen Rumäniens zur EU nicht folgenlos blieb.

Rückschritte in den Beziehungen zur EU

Die Anfang 2010 gebildete neue Regierung verfügte weder über den Mut noch die Kompetenz, um die Vorgaben zur Reform des Rechtssystem und der Korruption durchzuführen, die ihr im Rahmen des laufenden Kooperations- und Kontrollverfahrens von der EU-Kommission auferlegt worden waren. So verwundert es nicht, dass die Kommission Rumänien in ihrem vorläufig letzten Fortschrittsbericht vom Juli 2010 einen ernsthaften Rückschritt bescheinigte, den sie auf mangelnden politischen Willen zur Unterstützung des Reformprozesses zurückführte. Zwar habe das rumänische Parlament im Juni 2010 mit der Verabschiedung der Zivil- und Strafprozessordnung einen wichtigen Reformschritt geleistet, die in führenden Kreisen der Justizbehörden bestehenden Vorbehalte gegen die Justizreform aber immer noch nicht ausgeräumt. Vor allem kritisierte die EU-Kommission die Tatsache, dass das Parlament die Prärogativen der Nationalen Antikorruptionsbehörde eingeschränkt habe, was deren wirksames Vorgehen zur Vorbeugung von Korruption erheblich einschränke. Manches spricht dafür, dass die EU den ursprünglich nur für drei Jahre (2007-2010) angelegten Kooperations- und Kontrollmechanismus auf unbestimmte Zeit verlängern könnte, um den Reformdruck auf Rumänien (und Bulgarien) aufrecht zu erhalten.

Im abgelaufenen Jahr gab es weitere Unstimmigkeiten zwischen Rumänien und der EU bzw. einzelnen EU-Staaten. Ein erster Dissens zeichnete sich im April 2009 ab, als der rumänische Präsident Traian Basescu im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen Erleichterungen bei der Erlangung der rumänischen Staatsbürgerschaft durch Bürger der Republik Moldau ankündigte. Vertreter der tschechischen EU-Präsidentschaft teilten dem damaligen rumänischen Außenminister Cristian Diaconescu die Bedenken der EU angesichts eines solchen Schrittes mit. Deutsche und britische Mitglieder des Europäischen Parlaments äußerten ihre Besorgnis angesichts einer Politik, die einer großen Anzahl von Staatsbürgern des Nicht-EU-Staates Moldova „en masse“ die rumänische Staatsbürgerschaft erteilen würde, was diesen nach dem für den 2010 geplanten Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum automatisch die Freizügigkeit in den Schengen-Staaten gewähren würde.¹ Nachdem Basescu bei den Ende 2009 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen in Rumänien seinen hauchdünnen (Wieder-)Wahlerfolg offenbar den Stimmen der Auslandsrumänen, primär aus der Republik Moldau zu verdanken hatte, beschloss die Bukarester Regierung Maßnahmen Regelungen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Bearbei-

1 <http://www.euractiv.ro/uniunea-europeana/articles%7cdisplayArticle/articleID-16996/Europa-speriata-de-spectrul-unui-val-de-moldoveni-cu-pasaport-romanesc.html>

tung von Anträgen auf die rumänische Staatsbürgerschaft. Die daraufhin vorwiegend in der deutschen und britischen Presse veröffentlichten Angriffe gegen diese Politik der rumänischen Behörden wurde von rumänischer Seite mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass dies eine gängige EU-Praxis darstelle.

Ein zweiter Konflikt bahnte sich zwischen Frankreich und Rumänien ab, nachdem der französische Präsident Nicolas Sarkozy im Juli 2010 beschlossen hatte, illegale Zeltlager rumänischer (und bulgarischer) Roma in Frankreich aufzulösen und Hunderte von ihnen in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Auch drohte die französische Regierung, Rumäniens Aufnahme in den Schengenraum 2011 zu blockieren. Die rumänische Regierung zeigte sich zwar bereit, mit Frankreich konstruktiv zusammenzuarbeiten, der Premierminister verwies aber zugleich auf das bestehende europäische Recht auf Bewegungsfreiheit im europäischen Raum und auf die Notwendigkeit, die Probleme der sozialen Eingliederung der Roma nicht nur im nationalen, sondern auch europäischen Kontext zu lösen. Dieser Meinung waren auch das europäische Parlament und die europäische Kommission, die Frankreich ethnische Diskriminierung vorwarfen.

Die politische Krise behindert den Reformprozess

Vor den Parlamentswahlen vom November 2008 hatten rumänische Politiker den Wählern großzügige Lohn- und Rentenerhöhungen in Aussicht gestellt. Um ein Übergreifen der Finanzkrise auf die Wirtschaft des Landes zu verhindern, hatte der Internationale Währungsfonds gemeinsam mit der EU und der Weltbank Rumänien für einen Zweijahreszeitraum ein Finanzierungspaket in Höhe von 19,9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Eine erste Tranche von 1,8 Milliarden Euro erhielt Rumänien bei Vertragsabschluss im Mai 2009, eine zweite am 21. September, aber die Auszahlung der dritten Tranche wurde auf Eis gelegt, nachdem die regierende Große Koalition aus Sozialdemokraten und Liberaldemokraten am 25. September 2009 zerbrochen war. Am 1. Oktober ernannte Premierminister Emil Boc eine liberaldemokratische Minderheitsregierung, die zwei Wochen später durch einen Misstrauensantrag der sozialdemokratischen und liberalen Abgeordneten im Parlament zu Fall gebracht wurde. Das politische Patt hatte zur Folge, dass die geschäftsführende Regierung von Premierminister Boc bis zu den Präsidentschaftswahlen am 22. November 2009 im Amt blieb. In der Stichwahl am 6. Dezember siegte der seit 2004 amtierende Staatspräsident Traian Basescu mit 50,33% der abgegebenen Stimmen über seinen sozialdemokratischen Herausforderer Mircea Geoana mit 49,66% der Stimmen.

Unter der Führung des bisherigen Premierministers Emil Boc wurde am 27. Dezember 2009 eine neue Regierung unter Beteiligung der Liberaldemokratischen Partei (Partidul Democrat Liberal) und des Demokratischen Verbandes der Ungarn Rumäniens (Uniunea Democrata a Maghiarilor din România UDMR) gebildet, zu dem sich auch die aus Überläufern von Sozialdemokraten und Liberalen auch die neue Mitte-Links-Partei unter dem Namen Nationale Union für den Fortschritt (Uniunea Nationala pentru Progres UNPR) gesellte. Angesichts des für den Spätherbst 2010 von der Opposition geplanten Misstrauensvotums gegen die extrem unpopuläre Regierung – drei von vier Rumänen haben einer Umfrage zufolge kein Vertrauen mehr in den Premierminister, 40% wünschen seine Ablösung² – zu vorzukommen, bildete Emil Boc sein Kabinett am 1. September 2010 um.

2 <http://www.europalibera.org/articleprintview/2147725.html>

Bei seinen Verhandlungen mit der rumänischen Regierung hatte sich der IWF im Mai 2010 für eine Reduzierung der Gehälter der staatlichen Bediensteten um mindestens 20%, die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 24% und der einheitlichen Steuerquote von 16 auf 20% ausgesprochen³. Nachdem Staatschef Basescu angekündigt hatte, die Gehälter der staatlichen Bediensteten um 25% und die Renten um 15% zu kürzen, erklärte der Verfassungsgerichtshof die Herabsetzung der Renten um 15% für verfassungswidrig.⁴ Daraufhin beschloss die Regierung, 53.000 staatliche Bedienstete zu entlassen, die Mehrwertsteuer von 19 auf 25% zu erhöhen, und eine gestaffelte „Solidaritätssteuer“ auf Immobilienbesitz zu erheben sowie die Autosteuer für KFZ mit einem Hubraum von über 2000 cm³ zu verdoppeln⁵ und das Rentenalter – für Männer auf 65 Jahre und für Frauen 63 Jahre – ab dem Jahre 2030 anzuheben⁶.

Rückgang der Wirtschaft verschärft strukturelle Ungleichgewichte

Zu den vom IWF gesetzten Prioritäten gehört auch die Umsetzung des Gesetzes über die einheitliche Festsetzung der staatlichen Gehälter, das in der Bevölkerung höchst umstritten ist. Gerade diese Maßnahme ist aber extrem wichtig, weil die Regierung damit das schwierigste strukturelle Problem zu lösen versucht, das den Staatshaushalt Rumäniens – rund 8% Defizit im Jahre 2009 – belastet. Im Jahre 2011 darf das Land 6 Milliarden Euro an Krediten aufnehmen, um das vom IWF vorgegebene Haushaltsdefizit von 4,4% zu erreichen. Davon sind aber allein 3,5 Milliarden für die Deckung des Fehlbetrags im Rentenfonds nötig – eine fast unlösbare Aufgabe.⁷

Im Jahre 2009 verschlechterte sich das Bruttoinlandsprodukt Rumäniens im Vergleich zum vorhergehenden Jahr um 7,1%; 2008 war die Wirtschaftsleistung im Vergleich zu 2007 noch um 7,1% angestiegen. Der Rückgang war vor allem eine Folge des Einbruchs im Dienstleistungsbereich um 50,1%, vor allem bei den Investitionen. Die Einnahmen der Staatskasse aus Steuerleistungen fielen um 12,4%. Um fast die Hälfte gingen 2010 auch die ausländischen Direktinvestitionen in Rumänien zurück – von 9 Mrd. Euro im Jahre 2008 auf 4,5 bis 5 Mrd. Euro im Jahre 2009,⁸ ebenso die Rücküberweisungen der rund 2 Millionen im Ausland beschäftigten Rumänen. Auch in Rumänien selbst stieg die traditionell niedrige Arbeitslosenrate von 4,9% im Januar 2009 auf 8,1% im Januar 2010 an. Angesichts des Rückgangs der durchschnittlichen Netto-Einkünfte der rumänischen Arbeitnehmer und der höheren Belastungen durch die gestiegene Mehrwertsteuer ist kurzfristig keine Steigerung des internen Konsums zu erwarten, der in den letzten Jahren das Wirtschaftswachstum angekurbelt hatte. Es ist nicht auszuschließen, dass die wirtschaftliche und politische Krise zu sozialen Protesten in Rumänien führt.

3 Adrian Barbulescu, Seful FMI: Noi am spus nu taierii salariale cu 25% (Der Chef des IWF: Wir haben nein gesagt zur Reduzierung der Gehälter um 25%), in *Gandul*, 21.05.2010.

4 <http://www.ccr.ro/default.aspx?page=press/2010/25iunie>.

5 Guvernul a decis: disponibilizarea a peste 53.000 de salariatii din administratia locala (Die Regierung hat entschieden: Mehr als 53.000 Angestellte der lokalen Verwaltung sollen entlassen werden, in: *Euractiv.ro*, 01.07.2010.

6 <http://www.agerpres.ro/media/index.php/politic/item/29347>

7 Staatspräsident Traian Basescu ist sogar der Meinung, dass Rumänien dafür im kommenden Jahr einen weiteren Kredit aufnehmen muss. Siehe sein Interview in *Gândul*, 04.08.2010.

8 Memoriul unui an de criza (Erinnerung an ein Krisenjahr), in: *Ziarul Financiar*, 23.12.2009.

Weiterführende Literatur

- Bericht der Europäischen Kommission über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens: http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/docs/com_2010_401_de.pdf.
- Veröffentlichungen des rumänischen Statistikamtes: http://www.insse.ro/cms/files/arhiva_buletine2010/bsl_1.pdf.
- Anneli Ute Gabanyi, Rumänien 2009 – Präsidentschaftswahlen im Zeichen einer Mehrfachkrise, in: Südosteuropa Mitteilungen 01(2010), S. 7-19.
- Benjamin Bidder, Hintertürchen ins gelobte Land, in Spiegelonline: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,drucken-705951,00.html>.
- Euractiv Aktuell, Gabanyi: Rumäniens Präsident ist Populist, 21. Juli 2010, <http://www.euractiv.de/erweiterung-und-Partnerschaft/artikel/gabanyi-rumaenien-moldau-003409>.